

Federführender Dezernent: **Bürgermeister Knoth, Dezernat II**  
 Federführende/r Fachbereich/Dienststelle: **KB 4.20**  
 Beteiligte/r Fachbereich/e/Dienststellen: **FB 3, FB 5, FB 6, FB 7, FB 8, FB 9, PÖ, RPA, WiFö**

TOP: **Bewerbung um eine Landesgartenschau 2032, 2034 oder 2036**  
**- Beratung zum Bewerbungskonzept**

| Beratungsfolge:       | Sitzungstermin | Öffentlichkeitsstatus | Zuständigkeit |
|-----------------------|----------------|-----------------------|---------------|
| Technischer Ausschuss | 14.11.2019     | öffentlich            | Entscheidung  |

|  |                                      |
|--|--------------------------------------|
| Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): | -                                    |
| Abstimmung mit städt. Gesellschaften:      | -                                    |
| Beteiligung von Jugendlichen:              | ja, am 12. und 25. Oktober           |
| Finanzielle Auswirkungen:                  | ja, siehe II. ergänzende Erläuterung |
| externer Gast in der Sitzung:              | Dipl.-Ing. Elke Ukas                 |

|                         |   |
|-------------------------|---|
| Anlagen:<br>Konzeptplan | vorangegangene Drucksachen:<br>2019-184 |
|-------------------------|---|

**Beschlussvorschlag:**

**Der Technische Ausschuss berät zum in der Sitzung vorgestellten Konzept der Bewerbung und beauftragt die Fertigstellung der Machbarkeitsstudie zur Vorlage im Gemeinderat.**

\*\*\*

| Beratungsergebnis:       |                          |           |             |                     |                          |                                 |
|--------------------------|--------------------------|-----------|-------------|---------------------|--------------------------|---------------------------------|
| einstimmig               | mit Stimmenmehrheit      | Anzahl JA | Anzahl NEIN | Anzahl Enthaltungen | laut Beschlussvorschlag  | abweichender Beschlussvorschlag |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |           |             |                     | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/>        |

## **I. Sachdarstellung und Begründung:**

Der Gemeinderat hat zuletzt in seiner Sitzung am 20. Mai 2019 die Entscheidung getroffen, dass die Stadt Rastatt eine Bewerbung um die Ausrichtung einer Landesgartenschau im Zeitraum 2031 bis 2035 abgibt. Nach Veröffentlichung der Ausschreibungsunterlagen durch das Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz wurde der Zeitraum für die Ausrichtung der Landesgartenschauen um ein Jahr verlängert. Somit besteht die Möglichkeit sich um die Ausrichtung einer Landesgartenschau in den Jahren 2032, 2034 oder 2036 zu bewerben.

### **Erarbeitung des Konzeptes**

Zudem hat der Gemeinderat entschieden, dass mit der Bearbeitung der Bewerbungsunterlagen das Landschaftsarchitekturbüro Elke Ukas aus Karlsruhe beauftragt werden soll. Seit Mai 2019 wird nun intensiv an den Bewerbungsunterlagen gearbeitet, die bis zum 19. Dezember 2019 beim Ministerium eingereicht werden müssen. Dabei spielt zum einen die fachliche Abstimmung bei der Prüfung wichtiger Rahmenbedingungen eine Rolle und zum anderen die Einbeziehung der Bürger in den Prozess. Die wichtigsten Inhalte des Bewerbungskonzeptes und die wichtigsten Stationen der Bürgerbeteiligung werden im Folgenden kurz dargestellt und von Dipl.-Ing. Elke Ukas in der Sitzung nochmals ausführlicher erläutert.

### **Inhalte des Konzeptes**

Der westliche grüne Stadtrand zwischen Oberwaldstraße und Wohnbebauung soll zu einem öffentlichen Freiraum für Mensch, Natur und Klima entwickelt werden. Die Attraktivität der Stadt soll über die Weiterentwicklung dieses großen zusammenhängenden Naherholungsraum weiter gestärkt werden. Das Ziel ist es durch die Landesgartenschau als Motor gesamtstädtische Entwicklung voranzutreiben, so sollen z.B. die Riedorte über ein attraktives Radwegenetz angebunden werden, es sollen neue Ausflugsziele geschaffen und die Gastronomie gestärkt werden.

- Schlossachse

Eine wichtige Rolle spielt die Schlossachse als Verbindung vom Bahnhof über das Schloss und den Schlosspark mit dem LGS-Gelände. Diese Achse soll weiter gestärkt werden durch die dauerhafte Öffnung des Schlosses und einen Aussichtspunkt in der Achse im Gartenschaugelände (z.B. einen Turm). Die Ottersdorfer Straße im Jahr der Gartenschau nur für Fußgänger und Radfahrer zu öffnen, könnte diesen Effekt noch verstärken.

- Murg

Die Murg wird in das Konzept miteinbezogen. Es sollen neue attraktive Promenaden und Aufenthaltsbereiche am Wasser entstehen. Damit wird die Murg mehr mit dem Stadtgefüge verflochten.

- Landschaftspark „Oberwiesen“

Nördlich der Ottersdorfer Straße sollen im Landschaftspark „Oberwiesen“ wohnungsnahe Aufenthaltsflächen mit Spiel- und Freizeitangeboten für alle Generationen, Gemeinschaftsgärten und Kleingärten entstehen. Ein attraktives Fuß- und Radwegekonzept soll zur Naherholung am Stadtrand einladen.

- Klimaschutzpark „Kolbengarten“

Die wichtigen Themen des Klimaschutzparks „Kolbengarten“ sind die Verknüpfung von Biodiversität und Naherholung, eine reich strukturierte Landschaft, die Aufforstung von Teilflächen, schattenspendende Baumstrukturen als Sauerstofflieferanten und Pflanzen für die Artenvielfalt. Der Klimaschutzpark soll einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von dauerhaften Grünflächen für die Durchlüftung der Stadt leisten.

- Einbeziehung des Stadtparks

In das Konzept wird auch der Stadtpark einbezogen. Er soll mit den angrenzenden Flächen verknüpft werden. Der Stadtparksee soll saniert werden.

- Naturerleben am Stadtrand

Das Ziel ist es, die angrenzenden Naturräume mit dem LGS-Gelände zu verknüpfen und so Übergänge von der Stadt in die Landschaft zu schaffen.

- Merzeau-Gelände

Das Merzeau-Gelände und die Entwicklung eines zukunftsweisenden Wohngebiets auf dem Gelände sind Teil des Bewerbungskonzeptes.

## **Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit**

Seit Juli 2019 finden ein umfangreicher Bürgerbeteiligungsprozess und die damit einhergehende Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt statt.

Den Auftakt bildeten die Veröffentlichung des Bewerbungs-Logos, die Vorstellung der roten Gartenschau-Liegen und der Start der Bierdeckelaktion beim Stadtfest am 21. Juli 2019. Am 30. August 2019 hatten die Bürger erstmals die Möglichkeit sich bei der Informationsver-

staltung in der Reithalle über die Konzeptideen zu informieren. Ein Bürgerspaziergang und eine Radtour über das geplante LGS-Gelände wurden am 24. September 2019 durchgeführt. Auch Mitglieder des Inklusionskreises nahmen an dieser Veranstaltung teil.

Für die Mitglieder des Gemeinderats wurde eine Fahrt auf die BUGA Heilbronn am 27. September 2019 angeboten und entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt.

Am 12. Oktober fand eine Bürgerfahrt nach Schwäbisch Gmünd statt, an der auch die Jugenddelegation teilgenommen hat. Die Teilnehmenden konnten sich dort ein Bild machen, wie die Ausrichtung einer LGS die Stadt nachhaltig verändern kann, nicht nur das Stadtbild, sondern auch die Stadtgesellschaft.

Ein Jugendbeteiligungsworkshop findet am 25. Oktober statt und seit Anfang Oktober führt die Kita BIBER ein Landesgartenschau-Projekt durch.

Um die Öffentlichkeit dauerhaft einzubinden, läuft die Bierdeckelaktion seit dem Stadtfest und über die Abgabe der Bewerbung hinaus weiter. Mit der Sammelbox für die Bierdeckel wandern auch die roten Gartenschau-Liegen durch die Stadt. Die Ortsteile und Schulen sind über diese Aktion auch in den Prozess eingebunden. Zudem ist die Gartenschau-Lounge bei einigen Festen in der Stadt vertreten, um die Bürger zu informieren. Auch die Vereine wurden über die Bierdeckelaktion in das Projekt eingebunden.

Den Bürgern werden durch die Bierdeckelaktion, die eingerichtete E-Mail-Adresse *landesgartenschau@rastatt.de* und über die eigens erstellte Projekt-Homepage ([www.landesgartenschau-rastatt.de](http://www.landesgartenschau-rastatt.de)) verschiedene Möglichkeiten zur Teilhabe und Beteiligung gegeben, auch über die Abgabe der Bewerbung hinaus.

Zur heutigen Sitzung liegt die fertig gestaltete Bewerbung aus zeitlichen Gründen noch nicht vor. Diese wird dem Gemeinderat für die abschließende Beschlussfassung in der Sitzung am 16. Dezember vorgelegt.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Führt die Beschlussvorlage zu finanziellen Verpflichtungen?

nein  nein, aber evtl. Folgebeschlüsse  ja

Ggf. ergänzende Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen werden aktuell, nach Abschluss der Konzeptentwicklung, für die Abgabe der Bewerbung geschätzt und werden dem Gemeinderat in der Sitzung vom 16. Dezember mitgeteilt.

Erhält die Stadt den Zuschlag für die Durchführung einer Landesgartenschau, werden Fördergelder für die Daueranlagen in Höhe von max. 5 Mio. Euro vom Land Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt. Für zahlreiche weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit Gartenschau können weitere Fördermöglichkeiten in Anspruch genommen werden. Die Durchführung der Gartenschau an sich wird zum größten Teil durch die Eintrittsgelder gegenfinanziert.

\*\*\*